

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Vollstimmte, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Vollstimmte

Insertate:
Die 6spalt. Zeitungszeile kostet 15 Pfg.
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Insertate für die nächtliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Vollstimmte“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Mittelsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weststr. 49, Telephon 1025 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag der Vollstimmte Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 86

Mittwoch den 14. April 1915

26. Jahrgang

Neue Dardanellenkämpfe.

Ausdehnung der Wochenhilfe und Fürsorge für Kriegsbeschädigte.

Zum Getreidemonopol in der Schweiz

Schreibt ein Sachkundiger in der „Berner Tagwacht“: Der Getreidebau ist in der Schweiz von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Das Kapital fand in der Industrie einen rascheren Umschlag und damit bessere Rendite. Es wandte sich daher von der Landwirtschaft ab und verwandelte die Schweiz in den Industriestaat von heute. Gleichzeitig vollzogen sich innerhalb der Landwirtschaft selbst bedeutende Wandlungen. Der Bauer produziert heute nicht mehr für den eigenen Bedarf, er ist wie der industrielle oder gewerbliche Unternehmer zum kapitalistischen Warenproduzenten geworden. Der kapitalistische Warenproduzent kennt kein anderes Interesse als sein persönliches und das seiner Klasse. Die Gras- und Milchwirtschaft ergab Produkte, die man auf den Weltmarkt werfen konnte, ergab reicheren Gewinn als die selbst gezogene Brotfrucht, die billiger aus dem Auslande zu beziehen war. So entstand das Problem, das in normalen Zeiten keine weitere Beachtung fand, in Kriegszeiten aber, wo die Einfuhrwege gesperrt sind, eine ganz andere Bedeutung erlangte.

Die Bauern glaubten die neue Situation politisch ausnützen zu können. Höhere Rölle her! das war in der Presse und in Versammlungen ihr Feldgeschrei. Sie verbrachten, sobald ihnen der Staat größeren Holschutz gewährte, die Anbauflächen für Getreide ausdehnen zu wollen und spielten sich als Retter des Vaterlandes auf, das nun wieder einmal sehr, daß es ohne die Bauern nicht existieren könne.

Die Verhandlungen im Räte standen in einem auffallenden Kontrast zu den Ausrufungen der Bauernführer außerhalb des Parlaments. Sie wußten, daß man sie hier bei ihren Versprechungen befragen könne. Darum gingen sie der Holsfrage so viel als möglich aus dem Wege und dünkten nur leise an, daß am Ende auch die Holsfrage zu prüfen wäre. Inwiefern hier auch die Rücksicht auf die wegen der bevorstehenden Milchpreiserhöhung ohnehin erbitterte Volkstimmung mitwirkte, mag dahingestellt bleiben. Aber auch die leise Andeutung blieb wirkungslos. Der Vertreter des Bundesrates bekannte, daß er aus einem Saulus zu einem Paulus geworden sei und als einzige Möglichkeit, die Brotversorgung des Landes sicherzustellen, das Getreidemonopol anerkennen, das dann zugleich erlauben würde, für das Inlandsgetreide etwas höhere Preise zu zahlen.

Herr Schulthess ist deswegen von allen Seiten gestreichelt worden, und von sozialdemokratischen Rednern floß das Lob nicht minder. Vielleicht doch etwas zu Unrecht. Wenn der Bund zur dauernden Errichtung des Monopols übergeht, so ist das nicht das Verdienst von Bundesrat Schulthess, sondern die Folge der Zwangsverhältnisse. Und wenn Bundesrat Schulthess sich als Anhänger des Monopols bekannte, tat er das nicht als Sozialist, sondern im klaren Bewußtsein seiner Aufgabe als Verwaltungsmann der Industrie und der Hochfinanz. Denn das Problem der Brotversorgung ist auch für den Bestand des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses eine Lebensfrage. Gelingt es den Unternehmern, Brot zu einem annehmbaren Preise ins Land zu bringen, so können sie um so besser gegen Lohnforderungen der Arbeiter fechten. Gaben sie einen Weg, billigeres Brot zu bekommen, ohne daß sie selbst Opfer missen, so werden sie dafür einstehen. Das Monopol ist in der vorliegenden Frage dieses Mittel, wohingegen die Holssteigerung auf Getreide die Gefahr in sich schließt, daß das Ausland als Gegenmaßnahme unsere Industrieprodukte mit einem höheren Zoll belegt. Das ist die Ursache, weshalb die Vertreter der Industrie im Bundesrat und im Nationalrat dem Monopol gegenüber dem Zoll den Vorzug gaben, und wenn sich schließlich auch die Bauern mit dem Monopol befreundeten, so aus dem Grunde, weil ihnen durch das Monopol erhöhte Preise und neue Subventionen in Form von Anbau-räumen in Aussicht gestellt wurden, sie also das gleiche erhalten, vielleicht noch mehr als durch den Zoll.

Die Erwägungen, die die Bürgerlichen zum Monopol führten, haben mit Sozialismus nichts zu tun. Das Beispiel zeigt nur, daß einzelne Forderungen, die die Sozialdemokratie grundsätzlich erhebt, unter gewissen Verhältnissen auch im Interesse anderer Gesellschaftsklassen liegen, von ihnen sogar verwirklicht werden müssen, bevor der Sozialismus besteht. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es dann, an dem Beispiel nachzuweisen, wie durch eine zweckmäßige Organisation des Wirtschaftslebens auch andere Tätigkeitsgebiete von der Gesellschaft übernommen und im Interesse der großen Mehrheit des Volkes ausgebaut werden könnten.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 13. April. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Franzosen behaupten, 150 Bomben auf Seebahnhof und Gießerei Brügge abgeworfen zu haben. In Wirklichkeit fielen 9 Bomben in der Umgebung von Ostende und 2 bei Brügge nieder, ohne Schaden anzurichten. Wir bemerken dafür heute nach ausgiebig die von den Engländern belegten Drie Poer in Ghent, Hazebrouck und Cassel. Bei Verby-au-Vac drangen die Franzosen nachts in einen unserer Gräben ein, wurden aber sofort wieder zurückgeworfen.

Ein feindlicher Fliegerangriff in Gegend östlich von Reims mißglückte. Nordöstlich von Suippes wurden gegen uns wieder Geschosse mit betäubender Gasentwicklung verwendet.

Zwischen Maas und Mosel setzten die Franzosen ihre Angriffstätigkeit an einzelnen Stellen mit Heftigkeit, aber erfolglos fort. Drei Angriffe in den Vormittagsstunden bei Maizeren, südlich von Verdun, brachen unter schweren Verlusten in unserem Feuer zusammen. Die mittags und abends bei Marchéville, südwestlich von Maizeren, unternommenen Angriffe, bei denen der Feind starke Kolonnen zeigte, nahmen denselben Ausgang. Ein heute bei Tagesanbruch gegen die Front Maizeren-Marchéville, geführter Angriff wurde wieder mit sehr erheblichen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Im Brieckerwald fanden Tag und Nacht erbitterte Kämpfe statt, bei denen wir langsam Boden gewonnen.

Südlich des Hartmannsweilerkopfes wurde gestern abend ein französischer Angriff abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Osten ist die Lage unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Von der Westfront.

Zunehmend betrauen sich unsere Gegner an dem bis jetzt als undurchführbar erachteten Gedanken, unsere Westfront durchzubrechen. So sagte jetzt noch einer Londoner Meldung des Reuterschen Bureaus Lord Dufferin in einer Rede, er habe kürzlich das englische Hauptquartier besucht. Bei diesem Besuch habe ihm French folgendes gesagt: „Wenn die Zeit kommt, um die große Bewegung auszuführen, können wir die deutschen Linien durchbrechen, aber wir brauchen mehr Munition; ich will den Feind durch unsere Geschütze zermalmen und damit fortfahren, ohne die Kosten zu berücksichtigen, da dadurch das Leben der tapferen Soldaten gespart wird.“ Im Anschluß daran wird berichtet über eine Versammlung von 21 englischen Raschinen- und Schiffbauunternehmen in Newcastle, die ihre Freude ausdrückte über die Einsetzung einer Kommission zur Beschaffung von Kriegsmunition und Lord Rothermere betonte, daß er alle nötige Munition erhalten werde. Wenn solche Versicherungen mit der Tat so rasch auszuführen wären, wie auf dem gedruckten Papier!

Nach einer Witterungsmeldung aus Châlons-sur-Saône nehmen die Heeresbewegungen in Mittelfrankreich einen bedrohlichen Charakter an. Im Saonetal stehen weite Landstriche unter Wasser.

Geldnot in Frankreich?

Der Honorer „Progrès“ meldet: Der Ueberschuß der Abhebungen bei den französischen Sparkassen gegenüber den Einzahlungen beträgt zwischen dem 1. und 10. April 3 652 633 Francs, zwischen dem 1. Januar und 10. April 44 065 088 Francs.

Wie die „Baseler Nachrichten“ melden, ist in den französischen Ortschaften des Grenzgebietes am 1. April eine Bekanntmachung angeschlagen worden, nach der jede Ausfuhr von Ridel- und Kupfergeld, auch ausländischer Herkunft, verboten ist. Ausnahmen können nur durch den französischen Finanzminister bewilligt werden.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Belgien.

Ein mit den wirtschaftlichen Verhältnissen von Gent sehr vertrauter Mitarbeiter schreibt: Gent ist eine Stadt von mehr als 200 000 Einwohnern. Sie betreibt in Friedenszeiten neben einem bedeutenden Handel mit Holz, Glas, englischen Kohlen, Abwasch u. a. eine große Industrie. In erster Reihe steht dabei die über eine Million Spindeln beschäftigende Baumwollindustrie. Da ist es begreiflich, daß die wirtschaftliche Krise der Kriegszeit eine starke Arbeitslosigkeit verschuldet. Aber zum Glück stehen an der Spitze der Stadt Männer, die der schwierigen Aufgabe, die ihnen so erwuchs, Herr wurden! Besonders der Finanzschiffe von Gent, Edward Anseele, der Gründer der mustergültigen Arbeiter-Konsum-

und Produktions-Gesellschaft Vooruit, bemühte sein Organisations-talent. Das Gentse System der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, das auf ein Zusammenwirken von Stadt und Gewerkschaft hinausläuft, ist auch für Deutschland vielfach muster-gültig geworden. Als nun die für diesen Zweck bestimmten Gelder der Gewerkschaften ausgingen, erwirkte Anseele, daß die Stadt für die Kriegszeit die ganzen Kosten der Versicherung übernahm. Außerdem regte er Kostendarlehen an. Ein großes neues Dach am Gentse Hafen wird gegenwärtig von Arbeitslosen gebaut. Siebentaufend von ihnen finden dabei Beschäftigung; sie arbeiten vier Stunden am Tage und erhalten für die Stunde 50 Centimes. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organi-sation wird von den Gentse Arbeitern unter den herrschenden Verhältnissen als so dringend empfunden, daß, trotz der schlechten Zeit, alle Gewerkschaften der Stadt an Mitgliedern zuge-nommen haben.

Das schreibt man dem Blatt der rheinisch-westfälischen Gruben-besitzer, der „Rhein-Westf. Zeitung“, die fordern nach die Mitwir-kung der Arbeiter bei Einigungsämtern im Bergbau abgelehnt haben. Werden sie endlich aus dem Gentse Bericht lernen?

Der Unterseebootkrieg.

Die Wirkungen des deutschen Unterseebootkrieges auf den englischen Verkehr und Güterverkehr machen sich allmählich stärker bemerkbar. Nach den Meldungen spanischer Blätter beschlossen infolge zunehmender deut-scher Unterseebootgefahr in der Nordsee acht englische Schif-fahrtsgesellschaften unter Führung der Liverpooler Harwood-Linie die Errichtung neuer Ueberschiffen, deren Ausgangs-punkt spanische Häfen sein sollten. Und im englischen Haupt-getreidehafen, in Liverpool, nahmen die Weizenbestände ab von 328 647 Quarters am 1. März auf 236 722 Quarters am 1. April d. J. Der Maisvorrat verminderte sich sogar um die Hälfte. Außerdem meldet das „Berliner Tageblatt“ aus Amsterdam: Der in der Nacht am Samstag ausbrechende Brand des Tabakshandels am Stanleyhof in Liverpool ist unter großen Schwierigkeiten am Sonntag gelöscht worden. Nach der „Times“ wird der Schaden auf 40 000 Pfund ge-schätzt.

Die neueste Schreckensbotschaft.

London, 13. April. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Die Blätter veröffentlichen folgendes Telegramm, das in Aberdeen aus Lerwick (Shetland) ein-getroffen ist: Gestern abend hat hier eine schred-liche Explosion stattgefunden. Die ganze Straße am Hafen ist vermintet worden. Viele Menschen sind umgekommen. Wei-tere Einzelheiten fehlen noch.

Die englische Verlustliste.

Ueber England gemeldet wird das Sinken eines großen französischen Dampfers (General de Sonis ?) bei der Ausfahrt aus Folkestone, die schwere Beschädigung des eng-lischen Dampfers „President“, dessen Mannschaft nach Plymouth gerettet wurde, sowie die Zerstörung zweier englischer Dampfer durch deutsche Wasserflugzeuge auf dem Wege über den Kanal.

Der Untergang von U 12.

Der Fischdampfer „Strathilda“ aus Leith erhielt von der eng-lischen Admiralität den Preis von 120 000 Pfr. für die Ver-senkung von „U 12“.

Zur Versenkung der „Halaba“.

Gegenüber den entstehenden Nachrichten über die Ver-gänge bei der Versenkung des englischen Dampfers „Halaba“ wird von zuständiger Berliner Stelle folgendes mitgeteilt: Dem Dampfer „Halaba“ wurde von dem Unterseeboot das Signal gegeben: „Treten Sie sofort bei, oder ich schieße!“ Ohne sich daran zu kehren, ließ er weg und gab Raketen-signale, um Hilfe herbeizurufen. Er konnte erst in viertelstündiger Eile eingeholt werden. Trotzdem für das Unterseeboot die Gefahr bestand, von dem Dampfer beschossen oder von herbei-eilenden Booten angegriffen zu werden, wurde nicht so-gleich geschossen, sondern am 100 Meter durch die Stimme das Signal zu der Aufforderung gegeben, das Schiff binnen zehn Minuten zu verlassen. Auf dem Dampfer begann man bereits die Boote zu Wasser zu bringen. Während dies zum Teil in unheimlicher Weise geschah, so daß mehrere Boote bei den Versuchen zu Schaden kamen, retteten sich die Mannschaften des Schiffes schnell in die Boote und hielten sich in der Nähe, ohne jedoch, wie es möglich gewesen wäre, den im Wasser ringenden Fahrgästen irgendwelche Hilfe zu bringen. Von der Aufforderung, das Schiff zu verlassen, bis zum Torpedo-schuß vergingen nicht nur die anfänglich gewährten 10 Minu-ten, sondern 23 Minuten und diesen ging schon die Zeit vor-aus, die zum Alarmieren der Boote konnte ausgenutzt werden. Die Behauptung, es sei nur eine Frist von 5 oder gar 3 Minu-ten gewährt worden, ist unrichtig. Das Torpedo wurde erst

abgefeuert, als die Annäherung von verdächtigen Fahrzeugen, von welchen Angriffe erwartet werden mußten, den Kommandanten zum schnelleren Handeln zwang. Beim Fallen des Schiffes war auf dem Schiff außer dem Kapitän, der tapfer auf seinem Posten ausharrte, niemand mehr zu sehen. Erst nachher wurden noch einige Personen sichtbar, die sich um ein Boot bemühten. Von der Mannschaft des Unterseebootes standen Leute, die zur Bedienung der Kanone und zum Signalisieren nötig waren, an Deck auf ihren Stationen. Sich rettend zu belagern, war ihnen verweigert, weil das Unterseeboot keine Fahrgäste aufnehmen kann. Wegen der verleumdenden Beschuldigung, böswillig gelacht zu haben, unsere Mannschaften zu verurteilen, ist jedes Wort zu viel. Bei der gerichtlichen Verhandlung in England wagt auch keiner der vernommenen Zeugen, diese Beschuldigung zu erheben. Es ist ferner unwahr, daß das Unterseeboot zu irgend einer Zeit die englische Flagge geführt habe. Das Unterseeboot zeigte bei dem ganzen Vorgang fabelhaft Mäßigkeit, als sich mit seiner Sicherheit vereinigen ließ. Es ist zu bedauern, daß Menschenleben verloren gegangen sind. Die Verantwortung dafür fällt jedoch auf England zurück, das Handelschiffe bewaffnet und zur Teilnahme an der Kriegführung und den Angriffen gegen U-Boote veranlaßt.

Englische Bedauern.

London, 13. April. (B. B. Nichtamtlich.) Der Marinekorrespondent der „Times“ schreibt über den Transport deutscher Unterseeboote von Antwerpen nach der Nordsee: Der Transport durch die Kanäle und die Schiffe ist möglich. Wenn aber unsere Flieger, wie wir hoffen, bei ihrem Angriff auf die Werften in Antwerpen erfolgreich gewesen wären, wären nicht, wie gemeldet, drei deutsche Unterseeboote auf diesem Wege nach der belgischen Küste gebracht worden.

Die englischen Parlamentswahlen und der Krieg.

Der Parlamentskorrespondent des Londoner „Daily Chronicle“ schreibt: In den nächsten Wochen müssen wichtige Verhandlungen über die nächsten Parlamentswahlen zwischen der Regierung und der Opposition stattfinden. Die nächste Legislaturperiode läuft im Januar ab, und es ist ungewiss, ob der Krieg bis dahin beendet sein wird. Die Regierung muß für beide Möglichkeiten vorzusehen und eine Vereinbarung mit der Opposition muß bald geschlossen, da die Auflösung der neuen Wahlperiode im Juli anfangen muß. Es geht nicht an, daß die im Ausland kämpfenden Kräfte des Wahlrechts beraubt werden. Das Wahlgesetz muß daher geändert werden. Es bestehen große Bedenken gegen einen Wahlkampf während des Krieges. Die einzige Möglichkeit wäre die Verlängerung der Legislaturperiode durch eine Verlängerung der Parlamentaristik von 1911. Die Wahlen könnten in diesem Falle frühestens drei Monate nach dem Kriege stattfinden. Zweifellos redet die Opposition ein Wort dabei mit. Man erzählt, daß die Führer der Opposition dem Gedanken einer Konvention zustimmen werden und die Opposition dürfte den Plan, die Wahlen bis nach dem Kriege hinauszuschieben, billigen, aber wünschen, daß die Wahlen mindestens sechs Monate nach dem Kriege stattfinden.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 13. April. (B. B.) Amtlich wird verlautbart: 13. April 1918, mittags: Die seit ungefähr 20. März andauernde russische Offensive in den Karpaten ist an der ganzen Front zum Stehen gekommen. Als in den erbitterten Kämpfen während der Orlage der vom Gegner mit starken Kräften versuchte Durchbruch im Lubetz- und Ondava-Tale gescheitert war, versuchte der Feind im Waldgebirge beiderseits des Isjokpasses erneut vorzudringen. Auch hier wurden in den letzten Tagen alle Angriffe der Russen unter großen Verlusten des Feindes zurückgeschlagen. Die sonstige Lage ist unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Neue Kampflage in den Karpaten.

Was gestern als Privatmeldung kam, ist inzwischen amtlich bestätigt worden: der russische Angriffsdruck ist erloschen, die Schlacht steht. Damit ist die Gefahr einer Durchbrechung der Front der Verbündeten endgültig abgewendet und vermög das Vortöpsel der frühen deutschen Truppen auf und an den Karpatenbergen eröffnet sich die erste Aussicht auf eine baldige erfolgreiche Gegenaktion. Natürlich läßt sich nicht

sagen, in welcher Weise diese Gegenaktion sich vollziehen und auf breiterer Grundlage wirksam werden könnte, der Möglichkeiten gibt es mehrere, von Wetter und Wegen und von der Stärke der Truppen, die dem Kampfplatz neu zugeführt werden können, wird das künftige Handeln wesentlich mitbestimmt. In einer Petersburger Meldung des Londoner „Daily Chronicle“ wird die Meinung ausgedrückt, die Verbündeten hätten die Absicht, den linken Flügel der russischen Mitte zu umfassen. Fortgesetzt bräuten die Oesterreicher neue Batterien in Stellung. In Richtung auf Strij habe der Feind am Samstag die Berge 902 bei Kozienk erobert. Auch urteilt ein hoher polnischer Offizier, dessen Ansicht die „Neue Zürcher Zeitung“ wiedergibt. Er meint, die militärische Lage der Russen sei ernstlich, dem österreichischen rechten Flügel bei Ujast bedroht. Dieser Offizier befindet sich aber auch in der Betrachtung der Gesamtlage im Osten einigermassen in Übereinstimmung mit Petersburger Ansichten. Er meint, es sei nicht ausgeschlossen, daß Hindenburg seine Stellung an der ostpreussischen Grenze so stark habe befestigen können, daß er mit bedeutenden Streitkräften den Oesterreichern zu Hilfe eilen könnte. Dieses drücken Petersburger Blätter so aus: Die schlechten Witterungsverhältnisse und die durch die Schneeschmelze eingetretene Unwegbarkeit in Russisch-Polen, sowie an der ostpreussischen Grenze seien natürliche Bundesgenossen der Deutschen. Dadurch sei es den Russen unmöglich, voranzutreten, weshalb die Deutschen sich ungehindert befestigen könnten. Man müsse damit rechnen, daß Hindenburg diese Vorteile voll ausnütze und zu einem frischen Schloß aushole.

Zu ähnlichen Ansichten ist wohl auch mancher deutsche Beobachter gekommen. Erweisen diese Ansichten sich als richtig, so würden nördlich der Weichsel und in ganz Polen zunächst nur Stellungskämpfe zu erwarten sein; die Deutschen in der Verteidigung, was gelegentliche Vorstöße nicht ausschließt. Die ganze Wucht des Ringens würde nach Ostgalizien verlagert.

Von einer schweren Erkrankung des russischen Generalissimus berichtet der „Kosmos“-Zeitung: Man hört von einer nicht unbedeutenden Erkrankung des russischen Generalissimus, Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch. Der russische Oberbefehlshaber fränk seit einer Reihe von Jahren an einem Leberleiden, das in der letzten Zeit schnelle Fortschritte gemacht habe. Da der Großfürst einen der ersten Chirurgen zu sich befohlen habe, wird angenommen, daß es sich um ein freibartiges Leiden handelt.

Sernowik, 14. April. (D. D. B.) Die russischen Versuche, unsere in das russische Gebiet vorgebrungenen Truppen zurückzuschlagen, wurden abgewiesen. In der Dnjestr-Front dauern die Kämpfe an. Zahlreiche Regimentskavallerie haben den Frontboden aufgeworfen. Die Unterjäger gewinnen schrittweise Raum. Weitere Umgehungsversuche der Russen an Dnjestr wurden abgewiesen. Bei Baleszjatz wurde weiter Raum gewonnen.

Russische Einberufung des Jahrgangs 1916.

Den „Allerhöchsten Was an den dirigierenden Senat“ teilt „Njefsch“ vom 2. April mit: Da wir es für nötig befunden haben, schon jetzt die Stärke des Rekrutenkontingentes für 1916, welches außerordentlich im Jahre 1916 zur Ableistung der Dienstpflicht einberufen werden soll, festzustellen, so haben wir in Billigung des uns vorgelegten Journals des Ministeriums hierüber auf Grund des Artikels 87 der Staatsgrundgesetze beschlossen:

I. Eingeburten sind im Jahre 1916, unter Beobachtung der von der Behörde vorgeschriebenen Bestimmungen, sowie der in unserem Was vom heutigen Tage an den Senat vorgeschriebenen Abweichung über die Maßnahmen, die mit der außerordentlichen Einberufung der Rekruten für 1916 verbunden sind, die Personen, die der Ableistung der Wehrpflicht im Jahre 1916 unterliegen.

1. in allen Gebieten des Reiches, die der Wehrordnung unterliegen, zur Ergänzung der Armee und Flotte: 585 000 Mann.
2. Von der offiziellen Bevölkerung des Landesgebietes 100 Mann für die offizielle Kavallerieabteilung, entsprechend der Allerhöchsten Befehlsgabe des Kriegsrates vom 10. Juli 1900.

II. Die Wehrpflichtigen von 1916, die zur Ergänzung der Flotte bestimmt sind, sind in die Landarmee einzustellen. Der dirigierende Senat hat das Erforderliche zu veranlassen. gez.: Nikolai.

Die Ausführungsbestimmungen des Senats zu dem kaiserlichen Was sehen als Einberufungsliste den 28. Mai fest für alle im Jahre 1895 geborenen Leute. Bis zum 14. Mai haben sie sich in die Stammbücher eintragen zu lassen. Kurze Aufschübsfristen werden den in der Prüfung stehenden Studenten und den Gymnasiasten usw. gewährt.

Russische Wirtschaftsjorgen.

Petersburg, 13. April. „Njefsch“ meldet, der Kohlenmangel in Petersburg habe nicht nur eine bedrohliche psychologische Wirkung auf die Bevölkerung, sondern eine gefährlichere darin, daß viele Industrien ausfallen müßten, so besonders die Taugantrogen Metallurgische Fabrik. Der Handelsminister behauptet, daß die Hauptursache bei der ungenügenden Produktion, nicht im Mangel an Kohlen liegt. Nach den vorläufigen Berechnungen beträgt die Förderung im März 80 Millionen Pud anstatt der sonstigen 135 Millionen Pud. Die Arbeiterzahl ist im Laufe des Monats März von 170 000 auf 120 000 gefallen. Die Gesamtverminderung beträgt demnach 58 000, obwohl die Kohlenarbeiter sehr von der weiteren Eingabe zur Ruhe befreit sind und obwohl die Regierung ihnen freie Eisenbahnfahrt gewährt. Der Arbeitermangel erklärt sich daraus, daß, obwohl die Kohlenpreise sich sehr vermindert haben, die Lohnzulage nur 5 Prozent beträgt. Dagegen sind die Lebensmittelpreise um 200 bis 300 Prozent gestiegen.

Türkenerfolg an den Dardanellen.

Konstantinopel, 13. April. Das Große Hauptquartier gibt bekannt:

Einige feindliche Beobachtungsschiffe beschossen gestern eine halbe Stunde lang ohne Erfolg am Ausgang der Dardanellen unsere in der Umgebung des Einganges der Meerengen gelegenen Batterien. Durch unser Feuer wurden ein Kreuzer und ein Torpedoboot von Gr. naten getroffen. Auf den übrigen Kriegsschiffen hat sich nichts geändert.

Mailand, 13. April. (D. D. B.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Ein griechisches Truppen Detachement ist am Sonntag nach Lemnos abgegangen. Es soll Bad- und Polizeidienste versehen und gegenüber der vor Lemnos liegenden englisch-französischen Flotte die Oberhoheit über die Insel demonstrieren.

Dier russische Dampfer versenkt.

Die Bukarester Zeitung „Scolul“ meldet: Die Dampfer „Gorodok“, „Langerak“ und „Morozow“ der Russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Odessa und der Dampfer „Romanowka“ der staatlichen Schwarzmeer-Donau-Gesellschaft in Odessa sind in der letzten Märzwoche auf der Fahrt nach bulgarischen Häfen durch Aufschwung auf türkische Minenexplodiert. Nur vom „Romanowka“ sind 13 Mann der Besatzung und der Kapitän gerettet worden. Die Bekanntgabe der Verluste ist der russischen Presse unterzogen worden.

Ein Neutralitätsprozeß in der Schweiz.

Vor dem Militärgericht der 1. Division in Neuchâtel standen der jetzige Soldat Chatillon, der einige Wildarten gezähmt hatte, in denen die Behörden eine Verleumdung Deutschlands erblickten, und eine Anzahl Personen aus La Chaux-de-Fonds, die diese Karten verkauft hatten. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Chatillons zu 1000 Franken Geldstrafe, die Verkäufer kamen mit geringeren Geldbußen davon, zwei wurden freigesprochen. Die Verteidiger hatten u. a. damit plädiert, daß man doch seine Gefühle über die Befreiung Belgiens nicht hätte zu verbergen brauchen und daß angeblich für Frankreich und Belgien beleidigende Druckerzeugnisse nicht verfolgt würden. Ein Rechtsanwalt Chatard hatte die Karten im Auftrag eines Obersten Bourquin eingekauft und zwar so, daß er zunächst ganz gleichgültige Karten kaufte, um den Verkäufern unverdächtig zu erscheinen.

Seniileton.

Heilkünstler und Heilkunst in den Kriegen früherer Zeiten.

(Kochend verboten.)

Von Dr. Hans Fröhlich.
Durch den jetzigen Krieg ist in jeder Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit wiederholt auf die fengereiche Tätigkeit des Arztes gelenkt worden, welches seine Dienste der internationalen Kriegskrankenkasse widmet. Diese Einrichtung wurde bekanntlich erst am 22. August 1864 zu Genf geschaffen. Vorher wurden zwar auch schon internationale Verträge zur Verbesserung des Loses der verwundeten Krieger geschlossen, aber meist nicht gehalten. Vom Altertum bis ins frühe Mittelalter gehörte es sogar beinahe zur Regel, daß die verwundeten Gefangenen getötet oder verstümmelt wurden. Aber auch von ihren eigenen Militärärzten mußten die kranken Krieger oft zur Hölle fahren, nicht nur weil die Chirurgie damals auf einem niedrigen Standpunkt sich befand, sondern weil die Heilpraktiken meist die unbilligsten Vertreter ihres Standes waren.

Die Heilpraktiken gingen zum größten Teil aus den Barbieren und Raders hervor, einem Gewerbe, welches erst Karl V. im Jahre 1548 für „ehrlich“ erklärte, freilich mit so geringem Erfolg, daß Rudolf II. diese Wehre 1577 wiederholen mußte. Doch war der Weg zur Besserung bereits angebahnt, seit die Wundärzte ein „Weißeritz“ zu machen hatten, wie es z. B. ein Nürnberger Kaisererlaß vorschreibt. Später mußten die angehenden Heilpraktiken vor einem Arztskollegium sogar eine Prüfung ablegen und bei den künftigen Reisen einige Säcken, Blätter und Wundtränke bereiten.

Die ihr Wissen war auch ihre Stellung und ihr Ansehen gering. Noch im Jahre 1416 wies die Wiener Fakultät einen Heilpraktiker, der sich zur Doktorwürde meldete, als unerschämten Menschen zurück; und eine charakteristische Auszeichnung wurde dem berühmten Ambroise Paré (1509 bis 1580) in Paris erteilt, welchen der König zu seinem Heilpraktiker und Kammerdiener ernannte.

Im Mittelalter wurden die Wundärzte, ebenso wie die Soldnerknechte selbst, nur für die Dauer des Krieges angeworben, und die damalige Bezeichnung „Heilpraktiker“ weist darauf hin, daß sie die Doppelkunst des Barbier- und Haarschneiders einerseits und der

Wundbehandlung und des Operierens andererseits ausüben mußten. Meist wurden vor einem Kriege mit bekannten und berühmten Unternehmern Verträge abgeschlossen, wonach diese das gesamte militärische Personal für die Kriegsdauer gegen eine bestimmte Gesamtsumme oder gegen einen festgesetzten Sold für jeden Assistenten zu stellen hatten. So erhielt im Jahre 1417 der Chirurg Thom. Moretius für einen Feldzug etwa 800 Mark festen Gehalt für sich und 400 Mark für jeden Gehilfen, außerdem für seine eigene Verpflegung täglich 1.20 Mark, für die jedes Gehilfen 60 Pfennig, für die damalige Zeit eine sehr hohe Bezahlung. Zum Vergleich sei hier erwähnt, daß Schiller als Regimentsmedikus in Würtemberg 30.50 Mark Monatsgehalt bezog. Dieses Gehalt bildete aber im Mittelalter nicht die einzige Einnahme der Wundärzte, da sie noch Plünderungsanteile hatten. Von diesen mußten sie allerdings den dritten Teil an den König abliefern, ebenso von gefundenen Goldstücken, Gold und Silber, wenn diese mehr als etwa 30 Mark wert waren.

In den von einem Feldhauptmann geworbenen Landsknechten, den Vorläufer der stehenden und Nachfolger der mittelalterlichen, halb freiwilligen Milizheeren war die militärische Tätigkeit besser geregelt. Jeder „Hausen“ (5000 bis 10 000 Mann) hatte einen studierten Arzt mit Offiziersrang und einen höheren Wundarzt. Der letztere stand an der Spitze des Heilpraktikers und ihrer „Medike“ (Assistenten). Für den Arzneibedarf und die Pflege der Verwundeten zahlte die Landsknechte besonders, und außerdem erhielt der Heilpraktiker von jedem den sogenannten Seigniorat, denn er war auch Heilpraktiker. Die Krankenpflege befand sich aber in schlechten Händen, denn sie wurde von den in sehr schlechtem Rufe stehenden „Tropfenweibern“ besorgt.

Während des 17. Jahrhunderts blieb der militärische Sanitätsdienst zwischen regelrecht studierten Medizinetern und günstig gebildeten Heilpraktikern geteilt. Die Zahl der letzteren war jedoch sehr gering. Bring Eugen, „der edle Ritter“, hatte nur drei bei seinen Truppen, und der Große Kurfürst nur einen auf je 3000 Mann. Überwiegend standen selbst unter dem Großen Kurfürsten der Medizin und die Heilpraktiker unter der Disziplinargewalt des Kommandeurs und sogar unter dem Stab, dessen Anwendung sowohl nach Ort (Müden, Gieß), wie nach Art und Weise (Spiegeltrunk, lausen u. dgl.) von jenem angeordnet wurde.

Es kann daher niemanden wundernehmen, daß die allgemeinen Sanitätsverhältnisse der Heere damals wahrhaft grauenerregend waren. Nach den Schlachten gingen die Verwundeten und Kranken schon allein aus Mangel an Lebensmitteln massenhaft auf die

elendeste Weise zugrunde. Erst Napoleon I. führte eine planmäßige Requisitionsbepflegung ein.

Wie die Heilpraktiker, so befand sich auch die Kriegschirurgie im Mittelalter auf einer niedrigen Stufe. Kamentlich der Aberglaube trieb hier sein Unwesen. Alle Ereignisse und Operationen waren abhängig vom Lauf der Sterne.

Besonders auf dem Gebiet der Wundheilung wurden die seltsamsten Dinge angesetzt; denn Blut war immer „ein besonderer Saft“. Die gebräuchlichsten „Stellungsanweisungen“ waren: gedrehtes Leinen, Vieh (d. h. Moos) von den Totenköpfen, Drachenzahn, Schweins- und Gieselst. Mumiä, d. h. die aus den balsamierten Leichen tröpfelnde Flüssigkeit, innerlich und äußerlich angewandt. Hosenboar, Froschscheiße usw. Der Heilpraktiker Hans v. Gersdorf, welcher von sich selbst sagte: „Viel hoher Ränke sed ich toll“, hat im Jahre 1540 folgende Vorschriften zur Wundheilung gegeben: „Nimm das Blut in einer Rinde überhand, dann zünde Baumwolle an, mit einem Nadeln und tröpfe das in die Wunde; miß das heisse Pech, Chyrosennus, lebenden Ralk mit Eierlar, schlage es wohl, und lege es mit Berg auf die Wunde. Ist die Wunde klein, dann zerstoß schwarzes Pech in eine Röhre, fülle diese über die Wunde, so muß es mit Gewalt stehen. Sind viele Wunden da, so lege Baumwolle darauf, entzünde dieselbe mit einem glühenden Eisen, so zieht die Baumwolle in die Wunden und verstopft das Blut.“ Im Heim Zünden der Wunden das schnelle Abfließen der Eiter zu verhindern, verfuhr man auf sehr eigenartige Art und Weise. „Ich habe oftmals dabei gestanden“, sagte der berühmte Arzt Paracelsus, „wie die Heilpraktiker subtilen Schustertränke mit den Gersdorf oder ohne dieselben hindurchzogen. Nun schau einmal, Eiter, was für Verstand in dem kräftigen Volk ist!“

Außer der Wundheilung war für den Wundarzt im Kriege das Entfernen der eingebrungenen Geschosse eine schwierige Aufgabe. Da man weder die nötigen Kenntnisse noch Instrumente besaß, so auf natürlichem Wege eine regelrechte Entfernung der Geschosse zu bewerkstelligen, so spielte selbstverständlich wieder der Aberglaube eine große Rolle. Zunächst nahm man die geheimen Kräfte der edlen Geister, der Zeichen und Wörter zu Hilfe; denn durch solche Kräfte werden die Hakenpfeile und die verfallenen Wundfugen aus „geogen“. Außerdem waren gebräuchlich: zerhackene Eidechsen und zerhackte Krebse, denn wie der Krebs hinter sich kriecht, also geht auch der Pfeil aus der Wunde gurch. Hiermit und mit den anderen Salben wurde nun oder keineswegs die Wunde selbst, sondern vielmehr die Waffe, welche die Wunde hervorgerufen, bestrichen. konnte man, wie es doch oft im Kriege geschah, der Waffe nicht hab

Versorgung der deutschen Kriegsbeschädigten.

Berlin, 13. April.

Die Budgetkommission des Reichstags trat heute zu einer Sitzung zusammen, um die Anträge zu beraten, die auf die Festsetzung der Versorgungsanforderungen der Kriegsteilnehmer resp. der Hinterbliebenen hingingen. Es lagen dazu eine ganze Anzahl Anträge, gestellt von den verschiedensten Parteien, vor.

Die Kommission trat in eine Generaldiskussion ein, die von dem Schatzsekretär Dr. Helfferich mit einer längeren Rede, deren Inhalt als vertraulich zu behandeln war, eingeleitet wurde. Das Zentrum hatte zu Beginn der Sitzung noch einen Antrag eingebracht, welcher von der Regierung Auskunft über folgende Fragen forderte: 1. Zahl der Gefallenen. 2. Zahl der Vermissten. 3. a) Zahl der Verwundeten. b) Wie viele von den Verwundeten sind bereits zur Front zurückgeführt? 4. Zahl der Verwundeten (Augen, Arme, Beine, fremder Mangel und Wartung bedürftig). 5. Zahl der Blinde. 6. Offiziersangehörigen. 7. Wie viele Anstellungsverhältnisse sind ausgegeben? 8. Zahl der zu versorgenden Hinterbliebenen. 9. Berechnung der Kosten gemäß der Leistungen der heute geltenden Gesetze. Die Beantwortung dieses Materials wurde zugesagt, doch verlangte die Regierung hierfür eine Frist von mindestens vier Wochen. Ein weiterer Antrag des Zentrums verlangte, den Herrn Reichsminister zu ersuchen, alsbald die erforderlichen Anordnungen zu treffen, wonach: 1. die Festsetzung der Pensionen, Renten- und Hinterbliebenengeldern mit größter Beschleunigung erfolgt; 2. zur Durchführung der vorübergehenden Heilfürsorge der Kriegsteilnehmer sofort ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Außerdem stand ein sozialdemokratischer Antrag mit zur Beratung: den Herrn Reichsminister zu ersuchen, zu veranlassen, daß schon von jetzt ab in dem Bescheid über die bewilligte Rente angegeben wird, wie die Höhe der Rente berechnet ist und wie sie sich zusammensetzt.

Abg. Eggert, der die Anträge des Zentrums begründete, wies darauf hin, daß es eine Ehrenpflicht des Reiches sei, für eine möglichst gute Versorgung der invaliden Kriegsteilnehmer und der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern zu sorgen. Als besonders wichtig bezeichnete er die Frage der Abfindung der Offiziers-Stellvertreter, die im Frieden im Rahmen des Heeres nicht vorhanden gewesen sind, sondern mit Ausbruch des Krieges geschaffen wurden. Besonderer Wert sei zu legen auf die Schaffung einer genügenden vorübergehenden Heilfürsorge. Was im Frieden geschaffen wurde, genüge nach seiner Richtung hin. Man müsse den Verletzten soweit es irgend möglich sei, die Gesundheit wiedergeben. Dem roten Kreuz sei eine Bäder-Abteilung angegliedert worden, die bereits 5000 Freiplätze in den verschiedensten Bädern beschafft habe. Aufgabe des Reiches sei es, dieser Bäder-Abteilung genügend Mittel zur Verfügung zu stellen. Es müsse auch die Frage aufgeworfen werden, wie es mit den Anstellungsverhältnissen werden solle, die bereits zu Hundertausenden an Verletzte hinausgegeben worden seien. Daß die Inhaber dieser Anstellungsverhältnisse in der staatlichen Verwaltung zum größten Teil unterkommen können, dürfe als ausgeschlossen gelten. Aufgabe der Industrie sei es, einen Teil dieser Invaliden aufzunehmen. Der Anstellungsverhältnisse nahe nichts, wenn er nicht auch betrieblert werden könne. Es sei ferner zu erwägen, den Witwen zum Teil an Stelle einer Pension lieber eine Existenz zu schaffen. Vielleicht in der Form, daß man Witwen, wo es angängig erscheine, Postagenturen übertrage. Eine rasche Regelung der Rentenfestsetzung sei unbedingt erforderlich. Staatssekretär Dr. Helfferich tritt den Ausführungen Eggerts im wesentlichen bei und legt besonderen Wert darauf, daß die Verwundeten wirtschaftlich nutzbar gemacht werden können. Zu diesem Zwecke sei bereits ein Zentral-Arbeitsnachweis für Verfrüppelte eingerichtet worden.

Abg. Bauer (Soc.): Die Regierung habe die Pflicht, alles zu tun, um den Verletzten die Möglichkeit des Erwerbs zu schaffen. Das sei besser, als Renten, die ja doch in den meisten Fällen nicht als genügend bezeichnet werden müßten. Das beste Heilverfahren sei eine unabhängige Notwendigkeit. Bei der Unterbringung der Verletzten werde man gewiss auf große Schwierigkeiten stoßen. Zu den Beratungen hierüber solle man auch die Gewerkschaften zuhören. Die Generalkommission der Gewerkschaften habe bereits Vorschge gemacht, von der Regierung oder seit Februar keine Antwort erhalten. In vielen Bezirken des Reiches seien bereits Organisationen zur Unterbringung Verletzter geschaffen worden. Die Regierung sei aber verpflichtet, schnigst allgemeine Grundsge über die Arbeitsvermittlung auszuarbeiten und dabei auch den Rat der Gewerkschaften anzuhören. Neben der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten seien auch die Interessen der Arbeiter zu berücksichtigen; denn auf keinen Fall drfsten die Kriegsinvaliden etwa zu Lohnbrckern verwendet werden. Dringend notwendig sei es, daß sie rasch als möglich eine Entscheidung über ihre Heilbehandlung werde, die Rente nach dem Arbeitsverdienst abzulassen. Daneben müsse eine Regelung des Rechtsweges geschaffen werden. Die jetzt vor-

handenen Gesetze enthlten nichts darüber, wie der Rentenbescheid beschaffen sein muß. Mindestens müßte in dem Bescheid der Grad der Erwerbsbeschrnktheit mit angegeben werden. Die Beschränkung gegen einen Rentenbescheid sei bis zum Ministerium zulässig, dann erst könne der sehr teure und langwierige Weg der Klage beim Landgericht beschritten werden. Die Gerichte seien dann aber an die Feststellungen der Militärbehörden gebunden, sie könnten nur die Höhe der Rente nicht aber den Grad der Erwerbsfähigkeit nachprüfen. Hier müßte so rasch als möglich Wandel geschaffen werden.

Abg. Lsching (Fortschr. Fr.) bespricht die Möglichkeit des Heilverfahrens, verlangt die Einführung des Zwangsheilverfahrens und tritt für Erleichterung des Rechtsweges ein. Generalmajor v. Barmann gibt die Zusicherung, daß bei Renten-sachen rasch und gleichmäßig verfahren werde. Die Entscheidung liege bei einem Kollegium, das aus Offizieren und Aerzten besthe. Ministerialdirektor Caspar betont, daß die Gewerkschaften auf alle Fälle gehört werden sollen. Die Regierung lege auf die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen großen Wert, nicht minder aber sollen auch die Organisationen der Arbeitgeber gehört werden. Abg. Weber-Hertford (Soc.) empfiehlt die Festlegung der Grundsge für das Heilverfahren. Bei Rentenfestsetzung müßte man unbedingt das Arbeitsverkommen des Verletzten berücksichtigen. Abg. Graf Westarp: Die Aufbringung der Mittel werde schwer werden, die Schwierigkeiten seien aber zu überwinden. Der Reichstag habe außerdem bereits beschloßen, die Vorlegung eines Gesetzes zu verlangen, nach welchem die Hinterbliebenenrente nach dem letzten Arbeitsverkommen zu bemessen sei. Für die Heilfürsorge nach der Entlassung aus dem Lazarett könne der Militär-fiskus nicht mehr in Anspruch genommen werden. Hier müßte die freie Fürsorge eintreten, die vom Reich mit Zuschüssen zu unterstützen sei. Während der Heilbehandlung müßte den Angehörigen selbstverständlich die Familienunterstützung bezahlt werden.

Abg. Hoch (Soc.) begründet den Antrag der Sozialdemokraten, daß schon von jetzt ab in dem Bescheid über die bewilligte Rente angegeben werde, wie die Höhe der Rente berechnet ist und wie sie sich zusammensetzt. Die Vertreter des Kriegsministeriums erklärten, daß dem Verlangen nur in Ausnahmefällen zumbegehrt werden sei, solche Ausnahmefälle sollten in Zukunft verhindert werden. Hierbei brachte Genosse Hoch zur Sprache, daß ein Teil der Unteroffiziere nur die Lähmung der Gliedmaßen erhalte. Der Vertreter des Kriegsministeriums stellte in Aussicht, diese Aufgabe später zu beantworten. Ferner trat Genosse Hoch dafür ein, daß schon jetzt das Verfahren für die Feststellung der Rente der Reichsversicherungsordnung angepaßt und der Betrag der Rente entsprechend den jetzigen sozialen Verhältnissen erhöht werde. Staatssekretär Dr. Helfferich: An den Kosten dürfte die Versorgung nicht scheitern; mit der endgültigen Regelung müßte aber noch gewartet werden. Im Hrten auszusprechen, stnden ausreichende Fonds zur Verfügung. Sie jt schon auf bestimmte Grundsge festzulegen, sei eine Unmöglichkeit. Reichherr v. Camp (Reichsp.) polemisiert gegen Hoch, der erst nch-weisen müßte, daß in den von ihm angeführten Fällen Mlle verweigert wurde. Man könne jetzt ein neues Verfor-gungs-gesetz nicht machen. Für Erblinerte müßte da-gegen bereits jetzt eine möglichst hohe Rente festgesetzt werden. Die Kostenverwaltung und die anderen Refforts im Reich und in den Einzelstaaten seien anzuhören, möglichst viel Invaliden anzu-nehmen. Auch der Gedanke der Anhebung der Invaliden sei sehr beachtenswert. Generalarzt Säulchen gibt einen Überblick über die Maßnahmen der Militär-Abteilung im Kriegsministerium.

Abg. Bauer (Soc.) wandte sich gegen die Ansicht des Abg. Eggert, daß die vorhandenen Fonds zum Ausgleich ausreichen. Man müßte unbedingt daran festhalten, daß eine gesetzliche Regelung an die Stelle des freien Ermessens trete. Den Kriegsverwundeten müßte unter allen Umständen der freie Besuch der Schulen, die sie bisher besucht haben, gesichert werden, bis die Rentenfestsetzung endgültig geregelt sei. Bittere Klagen bestnden darüber, daß den zur Entlassung kommenden Soldaten überall vorgelegt werden, nach denen sie keinen Anspruch an die Militärverwaltung haben. Wie sehe es insbesondere mit der Versorgung der Angehörigen eines gefallenen Artillerie-arbeiters? Auch das bedürfte der gesetzlichen Regelung. Abg. Oestel (Soc.) stellt fest, daß nach dem Gang der Verhandlungen anzunehmen sei, daß die Regierung nicht gewillt sei, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem das Arbeitsverkommen bei Bemessung der Rente in Betracht gezogen werde. Man müßte nun abwarten, bis das geforderte Material vorliege, um dann das bestehende Gesetz im Sinne der ge-fellten Anträge zu ändern.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in welcher Staats-sekretär Dr. Helfferich hervorhob, daß es unmöglich sei, bis zum 18. Mai einen Gesetzentwurf vorzulegen, beschloß die Kommission Vertagung auf den 11. Mai. Bis dahin hofft man, daß den Mitgliedern das geforderte Material zuge-gangen ist.

Diese Verhandlungen zeigen viel Eifer, aber wenig Klarheit und Kongruenz. Es fehlt noch bei allem guten Willen der

organisatorische Grundgedanke, der den Kriegsbeschädigten nach allen Richtungen, formell und materiell, ihre wohl-verdienten Ansprüche sichert. Wir finden ihn noch wie vor in dem Verlassen des bisherigen militärischen Rentenfestsetzungsver-fahrens und im Anschluß der ganzen Kriegsbeschbigtenfrsorge an die Arbeiterversicherung. Dort sind alle Sicherheiten für eine sachgemäße Behandlung der ver-letzten Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen gegeben. Die einzige Partei, die Anlauf nach dieser Richtung machte, war die Sozialdemokratie. Unsere beiden Redner sprachen von der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung und einer Anpassung des Rentenfestsetzungsverfahrens an die Reichsversicherungsordnung. Aber wir sollten diese Richtung zum Besten der Kriegsbeschädigten noch viel entschiedener verfolgen, wenn es sein muß, mit aus-gearbeiteten organisatorischen Anträgen für die nächste Kommissi-onssitzung am 11. Mai. Dies umsomehr, als die Regierung aus-scheneb mit dem mangelhaften alten Verfahren fortzuarbeiten versucht und einer baldigen gründlichen Neuregelung nicht geneigt ist. Es geht aber mit der alten Art nicht mehr, dazu sind die Rechtsanschauungen der großen Masse durch die Einrichtungen der Arbeiterversicherung zu stark geändert und gehoben. Und man darf doch Kriegsinvaliden nicht schlechter stellen, als Industrieeinvaliden. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit eine starke Annäherung des Entschdigungsverfahrens an dasjenige bei der Arbeiterversiche-rung. Es wäre sehr zu wünschen, daß unsere Reichstagsfraktion diesen Gedanken mit Hilfe der Arbeiterpresse und unserer Arbeiter-sekretariate konsequent herausarbeitet und durch grundlegende Anträge vertritt. Den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen die vollen Rechte und Ansprüche der Arbeiterversicherten — das ist die Mindestforderung.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die buchhändlerische Verbreitung der Broschüre „Kant'sche „Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund“ wurde in mehreren Städten, anscheinend auf einer Verfügung von Berlin hin, verboten.

Der jugendliche Kossakuhelfer, die eine Anzahl Feldpostpakete geraubt hatten, wurden am Dienstag vor dem Landgericht I Berlin zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bieker, bemerkte in der Urteilsbegründung, die Straße müßte trotz der Jugend der Angeklagten und obwohl sie ein offenes Geständnis abgelegt und unbe-straft sind, hart ausfallen, da sie Soldaten, die für die Existenz Deutschlands vor dem Feind kämpfen, arg geschädigt haben.

Der „Reichsanzeiger“ bringt die vom Kriegsministerium er-lassenen Ausführungsbestimmungen zur Beschlagnahme der deutschen Schiffsur 1914/15 vom 12. April.

Das Oberkriegsgericht in Kürnberg verurteilte den russi-schen Kriegsgefangenen Gailo, der auf dem östlichen Kriegsschauplatz einem verwundeten deutschen Soldaten aus dessen Tornister einen goldenen Ring gestohlen hatte, wegen Plnde-rung zu acht Monaten Gefängnis.

Der elfstdtbrngliche Etat wurde von der zweiten Kammer mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an-genommen.

Londoner Zeitungen berichten, daß die beiden deutschen Offiziere, die aus dem Gefangenenlager in Laissan an-erkannt waren, nach sieben Tagen wieder festgenommen wurden.

Ein niederländischer Geistlicher wurde laut „Berl. Tageblatt“ von dem Gerichtshof in Lnd in Oranjesfrei-staat zu 15 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er in einem Briefe an seine Schwiegermutter in Holland antibrutische Gefühle geäußert hatte. Der Brief war von der Zensur ge-öffnet und zurückgehalten worden.

In Aegypten machen sich Zeichen von Unruhen bemerkbar. Vorstandsleiter verlegte der Sultan seine Residenz von Kairo nach Alexandria.

Neues aus aller Welt.

Grubenunglück in Japan.

Tokio, 13. April. Meldung des Reuterschen Bureaus: In einer Kohlengrube bei Shimofeseki, die sich unter die See hinreckt, fand gestern eine Bodenverchiebung statt. Von 593 in der Grube beschäftigten Arbeitern werden 300 vermisst.

fast werden, so wurde nur ein mit dem Blute des Verwundeten befeuchteter Steden damit verbunden. Ja, später wurde man auch dieses mhigen Gebrauches überdrüssig und begnügt sich damit, ein wenig Blut des Verwundeten in Fett aufzubewahren. Gerade diese Methode war aber für die Heilung sehr vorteilhaft. Denn während man die Waffe aus der Wunde mit der Salbe beschnitten wurde, spülte man die Wunde täglich mit Wasser oder Wein aus und bedeckte sie jedesmal nur mit einem reinen Tschlein, d. h. mit einem reinen, nicht mit der unreinen Salbe bestrichenen. Das Heile, oder unbedeutende Geheimnis dieser ganzen Wundbehand-lung lag offenbar darin, daß bei der einfachen, reinlichen, natur-gemäßen Behandlung die Wunden besser heilten, als bei der sonst tblichen Anwendung von Pflastern und Salben.

Nieder Bismard und seine Söhne

plaudert der Berliner Korrespondent der „N. Z. Ztg.“ sehr launig in seinem Blatte folgendes aus: „Meine erste deutliche Erinnerung an Bismard geht in die Zeit kurz vor dem Krieg 1866 zurück. Damals hatte ich ein älteres Tantechen, die Rosalie hieß und Nschen genannt wurde, sonst sehr fried-lichen Gemütes war, bei dem Namen Bismard aber sämtliche Dornen hervorkehrte und in einen ganz unchristlichen Zorn geriet. In ihrem täglichen Gebet betonte sie besonders das: „Herr, erle uns von dem Uebel“, worunter sie ganz ver-stndlich den damaligen preussischen Ministerpräsidenten Bis-mard verstand. Im groherlichen Hause bei uns lebten starke Erinnerungen an das Revolutionsjahr 1848, die Groß-mutter hatte als überzeugte Demokratin zur glnzlichen Flucht politisch Verfolgter nach dem Ausland mitgewirkt. Der höchste Traum war ein geeintes Groß-Deutschland und nun zog 1866 der deutsche Brderkrieg heran, der die mannbarsten Brüder der Tante Nschen als preussische Soldaten ins Feld rief. Tantechens Saß gegen Bismard war ungeheuer, er war für sie der lebendige Gottscheismus und in ihrem Grimm hing sie eine Karikatur Bismards mit einem Streich um den Hals in ihrem Kmmerelein auf. Das Bildchen war am Tage der Wiederkehr der Brüder aus dem Kriege verschwunden, denn die hatten mittlerweile über Bismard ihre Meinung ge-ändert.

Etwas überhalb Jahre später sah Tantechen selbst, am Tage meiner Konfirmation, in der Berliner Dreifaltigkeits-kirche, obgleich zwei meiner Konfirmationsgenossen die beiden tblichen Shne Bismards waren und deren väterlicher

„Uebel“ mit seiner Gattin Johanna dicht neben Tante Nschen im Kirchenstuhl Platz hatten. Damals sah ich Bismard zum erstenmal und er interessierte mich namentlich aus zwei Gründen. Erstens Tante Nschen halber, die bisher doch nur äußerlich ihren Frieden mit ihm gemacht hatte, innerlich aber noch ihre Bedenken betreffs seiner „blutig-reaktionären Dämonie“ weiterpflanzte. Zweitens wegen eines lafen Streichs, den sein Sohn Will mit mir und einem andern Kameraden zusammen auf dem Gassen hatten.

Im Gegensatz zu seinem schlanken Bruder Herbert, einem dunkelbraunen Krauskopf, der mehr von der bräunlichen Mutter hatte, sich von uns übrigen sehr zurückhielt und fleißig der christlichen Vorbereitung oblag, war der rundliche blonde Will, das verjüngte äußere Ebenbild des Vaters, dazu ein vergngter, umgänglicher Kamerad. Er prügelte sich freundschaftlich mit uns herum, bevor der Religionsunterricht begann und ließ sich zur Versöhnung danach unsere schrift-lichen Betrachtungen über das wahre Christentum, um sodann mit dem Raube unserer geistlichen Erkenntnis vor dem Herrn Pfarrer zu völligen. Daneben half er bei manchem unnützen Streich frohen Jugendbrmeris. Einer derselben drohte uns lbel zu bekommen. Wir hatten einen benachbarten unbeliebten Pfarrer, den wir als Gefhrer unseres feinen stillen Pfarrers Souchon betrachteten, eine Kassenmusik ge-bracht, während er Konfirmationsstunde abhielt. Das Ende vom Liede war, daß unser Pfarrer Souchon wohl zur Verhu-gung seines beklglichen geistlichen Kollegen die drei schwr-gsten Bdeln unter uns, darunter Will Bismard, ins Studier-stbchen nahm und ihnen im Vertrauen mitteilte, daß sie noch nicht reif und würdig zur Konfirmation seien, was sie daheim den übrigen mitteilen müßten. In diesem niederdrückenden Augenblick, der uns andere Sünder einfach verstummten ließ, fand der sonst etwas faule und phlegmatische Will wahr-haft erhabene Töne, das Herz unseres geistlichen Vaters zu rhren. Nach seiner Schilderung schien das ganze Glück des Hauses Bismard von der ungetrübten Konfirmation gerade des Sünders Will abzuhängen. Andernfalls waren Erhärtung, Gram und eine Familienkatastrophe unbedenklich. Der alte Souchon winkte uns armen Schckern schließlich milde Verzeihung und nahm unseren Verzeihungsstur ent-gegen.

Das war der zweite Grund, weshalb Bismard als Vater bei der Konfirmation, trotz der heiligen Handlung mich so

riesig interessierte. Wegen der Frage nämlich, ob er wohl seinen Sohn Will umgebracht hätte, wenn derselbe nicht recht-zeitig konfirmiert worden wäre; Will hatte nämlich so etwas gemunkelt, aber man konnte seinen Angaben nicht immer trauen. Meine Tante Nschen, die ich ins Vertrauen gezogen hatte, hielt es anfangs nicht für unmöglich. Nachdem sie aber das Elternpaar Bismard während der Konfirmationshand-lung in nächster Nähe andauernd sehr genau in Augenschein genommen hatte, gab sie einer beruhtigteren Auffassung Platz. Der Vater Bismard hatte gelächelt, als sein Jwiler beim Glubensbekenntnis etwas baperte, die Mutter Bismard freilich einen Augenblick recht streng und bestrft dreingesehen, dann aber wieder still und glücklich.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Am Dienstag abend wurde Mozarts kst-liche Oper „Figaros Hochzeit“ gegeben. Es war eine erfreu-liche Aufführung, die bis auf kleine Einzelheiten wie aus einem Guß wirkte. Diese Oper erfordert ein gutes Zu-sammenspiel; daß dieses bei dem Hinzutreten zweier mit dem he-sigen Personal nicht eingewhrter Gäste leidlich erreicht wurde, ist eine gute Leistung. Herr Fentzen vom Hoftheater in Mannheim war der eine Gast, der einen prächtigen Figaro voll lustiger Beweglichkeit und pfiffiger Schlaubeit darstellte; seine Stimme ist durch Reklme etwas beeinträchtigt. Ein zweiter Gast kam von Mannheim in Drnkeln Rost-Ilbrich, das die Gräfin an Stelle des plötzlich erkrankten Fräulein Heim spielte. Etwas sehr zurückhaltend und mit gar zu wenig Temperament. Vielleicht hat das plötzliche Einbringen für eine Kollegin Fr. Rost-Ilbrich ungünstig beeinflusst, denn auch gefanglich fiel die Gräfin ziemlich matt aus, obgleich das Fräulein eine zwar nicht umfangreiche, aber wohlwollende Stimme hat. Die übrigen Rollen waren von hiesigen Kräften im Allgemeinen recht gut besetzt. Den Grafen sang Herr Brinmann ausgezeichnet und Frau Boenneden war eine köstliche Susanna, während Frau Seilin sich in der Rolle des Cherubin nicht recht wohl zu fühlen schien; es fehlte diesem Pagen die nettsche Schallheit und er zeigte zuviel Sentimentalität.

Die Neu-Ansiedlung bietet wundervoll intime Bühnen-bilder und von der Regie läßt sich nur Lobenswertes sagen.

Volles Lob verdient auch das Orchester unter Herrn Dr. Kottensberg, der die Regitatur am Klavier (Klavierspiel) mit Geschma begleitete.



*Zum
Festumformung*

Knaben - Blusen
elegant und gut
95 Pfg.

Aussergewöhnlich billige Kindertage

werden für jeden Sparer eine grosse Freude sein.

Meine Kleider-Auswahl in nur allen denkbaren Formen und Farben und die überraschend niedrigen Preise werden Sie unbedingt veranlassen, Ihren Bedarf bei mir zu decken.

Kittel-Anzüge in allen Macharten und reisenden Farben und Muster Mk.	7.50	und höher	Jacken-Anzüge mit kleinen Ueberkragen, prachtvolle neue Muster Mk.	4.75	und höher
Schlupfblusen-Anzüge neueste Formen, in blau und sonstigen Farben . Mk.	5.50	und höher	Kieler Anzüge blau, mit kurzer oder langer Hose, noch immer die feine Mode Mk.	9.50	und höher
Falten-Anzüge sehr kleidam, herrliche Muster und neueste Machart Mk.	3.50	und höher	Knaben-Paletots aus Covercoat- und and. Stoff, in allen Farben, hochmod. Ausführung . Mk.	7.50	und höher

Kaufte in Stuttgart einen grossen Posten

Knaben-Sweater-Anzüge verkaufe diese jetzt **7.50** an

Knaben- und Mädchen-Sweater **3.50** an in reiner Wolle jetzt von Mk. **95** Pfg. an in Baumwolle jetzt von

Knaben- und Jünglings-Hosen in allen Grössen zu stannend billigen Preisen.

Bei Kauf erhält jedes Kind ein reizendes Geschenk. 140

M. Jansen Frankfurt a. M. 23 Neue Kräme 23
Bitte genau auf Hausnummer zu achten.
Essen (Ruhr), Limbecker Strasse 65.



Frisch von der See

Donnerstag eintreffend:

Bratfische 25 ²/₃ par Pfd. Cabliau . 34 ²/₃ par Pfd.

Trotz des grossen Aufschlags seitens der Fabriken verkaufe ich noch:

Margarine

zu den bisherigen Preisen.

Pflanzenmargarine 92 ²/₃

Fst. Tafelmargarine 1.10

Infolge eines günstig. Einkaufs biete ich als besonders preiswert an, solange Vorrat reicht:

Blutwurst . 90 ²/₃

Leberwurst 1.10

Kraftfleisch . 1.20

J. Latscha

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Im Verlage von Landgraf & Co., Chemnitz, ist erschienen

Deutsche Sozialdemokraten

Sozialdemokratische Deutsche

Eine Rede des Landtagsabgeordneten Konrad Haenisch gehalten am 3. März im Preussischen Abgeordnetenhaus nach dem amtlichen Stenogramm.

Preis 15 Pfennige Buchhandlung Volksstimme



Ein grosser Posten garantiert echte

Zöpfe

in allen Farben, von 1.50 bis 20 Mk. u. höher, billig abzugeben.

Thiemann & Müller
Zeil 80.
Beste Bezugsquelle f. Wiederverk.

Kinderkleidchen

für das Alter von 6 bis 8 Jahren, p. Stück 1.95 u. 2.40 zu verkaufen.

Levy, Börnestr. 47 an der Markthalle.

Holzbettstellen,

lackierte und polierte, einzelne (spottbillig). Patentmatratzen, Kollmatratzen, Seggenmatratzen, Anfertigung nach Mass ohne Preisermässigung. 0615

Bettenfabrik Zettelmann 78 Neue Mainzerstrasse 78 nächst Opernplatz.

Ankauf

von Knochen, Krampfen, Haischen

Papier zum Einstampfen 6274

J. Röder, Frohnholstr. 6.

Div. gute Nähmaschinen, wie neu. Singer, Berthold, Pfaff, 3 Jahre reelle Garantie, Lang- u. Ringschiff, l. alle Erbsen, für 20-40 zu verk. Querstrasse 4, 1. Et. Weichan. 0701

Gr. belle 28-29 m. Sub. fol. 3. verm. 40 Mk. Rab. Ringstr. 3, p. 119

Die Erbsünde.

Roman von Hans Hirschfelder. (278 Seiten) 90 Pfg.

Menschenschicksale.

Aus den Papieren einer Samariterin. 40 Pfg. Buchhandlung Volksstimme



Cigaretten-Raucher!

Raucht nur und verlangt überall

Tag-Cigaretten

der Tabakarbeiter-Genossenschaft, Stuttgart.

Der Umsatz spricht für die Qualität:
Im 1. Jahre 870.000 Stück, 1913 22 Millionen.

General-Vertreter

Emil Fleischmann

Frankfurt a. M.

Schnurgasse 56.

Telephon 6485.

Wiederverkäufer gesucht.

Umsatz

Der Umsatz unseres

Detail-Verkaufs

von

Damenhüten

Blumen - Federn - Putzzutaten

ist im Monat März d. Js. gegen denselben Monat des Vorjahres trotz der Kriegszeit 145

gestiegen -

ein Beweis für unsere

enorme, geschmackvolle Auswahl

und

aussergewöhnliche Preiswürdigkeit.

Kein Laden! Kein Kaufzwang!

Mitteldeutsche Hutfabrik Hertz & Tockus

Mainzer Landstrasse 116, Mittelbau.

3 Min. v. Hauptbahnh. Linie 11 u. 10, Haltestelle Ludwigstr.

Aktien-Baugesellschaft für kleine Wohnungen.

In unserem neuerrichteten Bauland an der Simeimer Sandgrube (Haltestelle der Strassenbahn Rodenheimer Friedhof) sind noch einige zweizeilige Wohnungen (Zimmer, Wohnküche und Zubehör) zu vermieten.

Näheres in unserer Geschäftsstelle Römerberg 3, 2. Etod, von 10 bis 1 Uhr werktäglich.

Der Vorstand.

Drucksachen

Sind heute mehr denn je ein Mittel der vornehmen Kellame geworden. Kein Geschäftsmann sollte unterlassen, darauf sein Augenmerk zu richten. Wir fertigen alle merantilen Arbeiten wie Rechnungen, Briefbogen, Adresskarten Prospekte, Kataloge usw. zu zivilen Preisen bei promptester Erledigung. Durch Sehmashinenbetrieb und Rotationsdruck sind wir jederzeit in der Lage, in kurzer Zeit Massenaufgaben herzustellen. Wenden Sie sich bei Bedarf an die

Union-Druckerei G. m. b. H.

Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17

Fernsprecher Hansa 7435-37

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Hannu a. M.

Nachruf.

Am 10. April 1915 verschied nach längerem Kranksein unser Kollege

Carl Wandel

Allzeit bereit, für die Sache unseres Verbandes einzutreten, werden ihm die Kollegen und Kolleginnen ein ehrenvolles Andenken bewahren.

144 Die Ortsverwaltung.

Die Buchhandlung Volksstimme hält sich bei Bedarf von Literatur aller Art bestens empfohlen.